

(Abg. Lehmann)

tiefgründig beschäftigen, um das auch beurteilen zu können.

Ich will Ihnen dazu gern mal einige Beispiele vortragen: Von den ersten 5.000 €, die über dem Grundfreibetrag von 10.000 € pro Erwachsenen liegen, sollen nur 60 Prozent berücksichtigt werden; von den weiteren nächsten 5.000 € dann 80 Prozent. Wer also alleinstehend ist und 20.000 € im Jahr verdient, hätte daher alles in allem nur 1.750 € Steuern zu zahlen und eben nicht 5.000 €, wie manche schlichtweg behaupten, die einfach die 25 Prozent ansetzen und in den Raum werfen. Wer aber 2 Mio. € Jahreseinkommen hat, zahlt dann 496.750 €. Das kann man alles sehr schön nachrechnen. Trotz gleichem Steuersatz gibt es damit also in der Tat eine höhere Belastung steigender Einkommen. Der Spitzenverdiener käme auf einen durchschnittlichen Steuersatz von 24,84 Prozent, während der Geringverdiener auf 8,75 Prozent käme. Ich denke, man soll sich hier nicht anstecken lassen von diesen Parolen, die da immer losgelassen werden, sondern wirklich im Detail nachrechnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die meisten der in Deutschland lebenden Bürgerinnen und Bürger, welche steuerpflichtig sind oder sich anderweitig mit den Steuergesetzen beruflich auseinandersetzen müssen, empfinden das Steuerrecht in Deutschland zu Recht als sehr kompliziert. Deshalb ist die grundlegende Vereinfachung unseres Steuerrechts und die Modernisierung der Steuerverwaltung ein wichtiges Aufgabenfeld in der Politik.

(Beifall FDP)

Danke, Herr Kollege Barth, da sind wir sicherlich einer Meinung.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Wir beide ja, aber Ihre Kollegen nicht.)

Wir diskutieren schon lange darüber und ich erinnere daran, dass ich auch an dieser Stelle vor einiger Zeit nur mal die Vordrucke mithatte zur Einkommensteuererklärung mit sämtlichen Anlagen und das war schon ein ziemlich dicker Stapel. Ich erinnere an dieser Stelle an den Bierdeckel, den ich jetzt mal hochhalten möchte, es war zwar nicht Herr Prof. Kirchhof, aber nichtsdestotrotz - Frau Ministerpräsidentin hat ihn auch dabei, gehört zu unserer Grundausstattung,

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Biersteuer ist Landessteuer.)

genau, Biersteuer ist Landessteuer, das stimmt auch, Herr Kollege Emde - symbolisiert das ja das Ziel der Union, das Ziel, was wir erreichen wollen: Eine Vereinfachung des Steuerrechts, so dass jeder Bürger die Steuererklärung auch versteht, weiß, wofür und warum er Steuern zahlt, und das Ganze auch überschaubar gestaltet ist.

(Beifall CDU)

Prof. Kirchhof schlägt vor, dass aus den 33.000 Paragraphen nur noch 146 werden sollen, dass aus 200 verschiedenen Steuergesetzen ein Steuergesetzbuch werden soll. Aus 534 Steuerprivilegien und Ausnahmetatbeständen sollen nur noch wenige übrig bleiben, aber auf die Wenigen kommt es gerade auch an, wenn wir über die Geringverdiener sprechen und über die bereits benannten Krankenschwestern. In den vergangenen Jahren hat es schon viele Versuche gegeben, das Steuersystem zu vereinfachen. Die Finanzministerkonferenz hat im letzten Jahr 13 Punkte zur Steuervereinfachung beschlossen, die ab diesem Jahr auch im Steuervereinfachungsgesetz umgesetzt werden sollen. Trotz all dieser Versuche sind es eben nur Experimente gewesen, an einem System herumzudoktern, was an sich sehr kompliziert ist und in der Tat reformiert werden muss. Aus diesem Grund sollte man nicht sofort wieder in das alte Abwehrdenken verfallen, sondern Paul Kirchhofs Ansichten Gehör schenken und ernsthaft darüber diskutieren. Das wollen wir auch als CDU.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Frage zur Vereinfachung der Steuern müssen sich alle Steuerdebatten stellen, anstatt über Möglichkeiten der Steuervermeidung nachzudenken. Wir müssen uns mit dem Verstehen der Steuern auseinandersetzen und wir alle wollen, denke ich, eine faire Besteuerung. Das jetzige Steuersystem wird durch entsprechende Gutachten, die es dazu gibt, nicht als solches angesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden über Entbürokratisierung und Abbau von Stellen und das Kirchhof-Modell wäre ein wichtiger Schritt auch in diese Richtung.

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Sprechzeit!

Abgeordnete Lehmann, CDU:

Also ich freue mich auf die nächsten Redebeiträge zum Thema Reformierung der Steuergesetzgebung. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Als Nächster spricht der Abgeordnete Meyer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Vorbemerkung: Es ist

(Abg. Meyer)

hoffentlich kein böses Omen für die CDU und ihren Bierdeckel, dass die Herstellerfirma der Bierdeckel neulich insolvent gewesen ist. Das ist ja möglicherweise auch ein Zeichen dafür, wofür Bierdeckel taugen oder auch nicht.

(Heiterkeit im Hause)

Da waren wir übrigens Weltmarktführer in Deutschland mal für Bierdeckel. Na ja, mal schauen, wie es da weitergeht.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Vielleicht ist er mit seiner Steuererklärung nicht klargelkommen.)

Wer hundert Jahre existiert, Herr Barth, sollte es als Unternehmer gelernt haben, das hoffe ich doch mal.

(Heiterkeit im Hause)

Das Kirchhof-Modell als mögliche Chance, so hat die CDU ihre Aktuelle Stunde betitelt und das finde ich sehr schön, weil uns das ein bisschen die Aufgeregtheit nimmt und ich auch versuchen möchte, hier das Thema ein bisschen diskursiver zu machen, als man es auch machen könnte, wenn man es ernst nehmen würde, was der Herr Kirchhof da vorhat. Dass selbst die CDU Herrn Kirchhof nicht ganz ernst nimmt, das liegt wahrscheinlich daran, dass sie derzeit einfach keine Nerven hat für solche Diskussionen. Mit dem Koalitionspartner auf Bundesebene gesegnet, ist es einfach nicht so locker, über Steuern zu sprechen. Da haben Sie meine volle Sympathie, das verstehe ich. Das ist einfach so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber zum Thema: Es ist in allen mir zugänglichen Presseerklärungen und sonstigen Öffentlichkeitsäußerungen deutlich gemacht worden, dass die beiden Wortpaare „einfach“ und „gerecht“ nicht zusammenpassen. Etwas, was sehr einfach ist, kann in einer komplexen Welt nicht auch gleichzeitig sehr gerecht sein. Darüber hat aber auch meine Vorrednerin Frau Lehmann bereits gesprochen. Da sind wir uns, glaube ich, auch einig. Herr Kirchhof ist da ein sehr fundamentalistischer Steuervereinfacher. Ich glaube, in dieser Form darf man das so sagen, ohne ihm auch zu nahe zu treten.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Der versteht wenigstens was davon.)

Fehler machen auch Fachleute. Das kann auch bei Herrn Kirchhof so sein, mit 68 Jahren ist er möglicherweise auch nicht mehr ganz auf der Höhe der Situation.

(Unruhe im Hause)

Entschuldigung bitte, bevor jetzt alles unruhig wird, zitiere ich jetzt mal aus dem Kommentar aus der

Süddeutschen Zeitung und aus dem Spiegel, die deutlich machen, dass Herr Kirchhof ...

Präsidentin Diezel:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas Ruhe.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

... offensichtlich zehn Jahre „Steuerschulpfloch stopfen“ nicht mehr richtig mitbekommen hat. Aber wie gesagt, ich zitiere da Leute, die hoffentlich mehr davon verstehen, als Sie mir zutrauen.

Ich bin in diesem Fall mal zur Abwechslung als Bündnisgrüner für eine Reform des Steuersystems und nicht für eine Revolution. Das wäre eine Revolution, was Herr Kirchhof da vorhat mit unabsehbaren Folgen. Das macht ja auch den gebremsten Schaum so deutlich, den Sie dort an den Tag legen. Ich will nur darauf hinweisen, dass die Wirkung von Steuererleichterungen mit den Wirkungen von Subventionen halbwegs kongruent gehen. Wenn man meint, man kann alle Steuererleichterungen streichen, dann muss man auch über das Thema Subvention sprechen. Keiner traut sich das zu, dieser Dschungel wird völlig unabgeholzt gelassen. Das ist aber dann genau der Dschungel, in dem sich wieder die tummeln, die die Macht haben, dafür zu sorgen, dass sie mit ihrem Geld doch wieder ein bisschen mehr anstellen können als die Leute, die schlicht und ergreifend acht Stunden am Tag arbeiten müssen. Das wissen Sie so gut wie ich und das macht die Sache eben nicht gerechter, wenn es dort einfacher wird. Steuern sparen ist nicht dasselbe wie Schuldenabbau. Ich verstehe immer nicht, warum man von Herrn Kirchhof sofort auf das Thema kommt, jetzt können wir auch, weil die Konjunktur gut läuft, Steuern sparen. Diese Debatte hat ja die CDU nun gerade mit ihrem kleinen Koalitionspartner. Wenn die FDP meint, dass sie mehr für das Portemonnaie des Bürgers sein müsste, dann ist es natürlich total irre, wenn man dieses Mehr des Portemonnaies des Bürgers mit Nettokreditaufnahme auf Pump erkauft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konsum auf Pump ist eigentlich das, was die FDP mal gerade nicht will. Klar wäre, wenn wir heute die Nettokreditaufnahme absenken, z.B. um 10 Mrd. €, darüber ist ja zu reden im Herbst, dann würde es bedeuten, dass alle nachfolgenden Generationen 10 Mrd. € nicht Zinsen zahlen müssen. Viel mehr kann man für das Portemonnaie des Bürgers gar nicht tun, egal ob das Portemonnaie nun in der Hand des Staates ist oder in der Hand der Bürgerinnen und Bürger selbst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Meyer)

Dass wir in Boomphasen Schulden tilgen sollen, ist eine Binsenweisheit. Was würden Sie denn heute diskutieren, wenn seit 2000 die Schuldenbremse gelten würde? Wozu denn heute diese Debatte? Dann wäre völlig klar, wir stecken alles, was wir übrig haben, in die Schuldentilgung. (Das machen wir hoffentlich mit dem Geld von 2010 im Landeshaushalt auch noch.) Das einmal ganz nebenbei bemerkt. Ich möchte daran erinnern, dass wir an dieser Stelle auch immer diskutieren, dass der Freistaat ganz offensichtlich Mehreinnahmen vom Bund erwarten muss, weil er ansonsten seinen Haushalt nicht strukturell geschlossen bekommt. Wo sollen denn diese Einnahmen herkommen, wenn wir über Steuererleichterungen und Steuersenkungen reden? Das müssen Sie uns auch noch erklären bei den nächsten Haushaltsdebatten. Wir als GRÜNE sind der Ansicht, dass wir bei einer Reform dieses Steuersystems mit Grundfreibeträgen, mit einheitlichen Werbungskosten und Betriebsausgabenpauschalen, mit einem höheren Spitzensteuersatz und einer eigenständigen und bedingungslosen Kindergrundsicherung das Thema reformerisch angehen können, auch vereinfachen und vor allen Dingen viel mehr Nutzen und mehr Gerechtigkeit in die Debatte bringen würden. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Mike Huster.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind ja in diesen Tagen zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte in Deutschland mehr oder weniger drei Vorschläge in der Debatte. Da ist zum einen der Vorschlag, der innerhalb der Bundesrepublik diskutiert wird, zur Steuersenkung. Da, finde ich, hat die Ministerpräsidentin aus Sicht des Freistaats Thüringen eine sehr vernünftige Position vertreten ebenso wie Herr Mohring, die ich Ihnen vor wenigen Monaten noch gar nicht zugetraut hätte, Herr Mohring.

(Beifall SPD)

Aber Sie haben dort das Ziel der Haushaltskonsolidierung in den Vordergrund gerückt und haben gesagt, deshalb sehen Sie Steuersenkungen auf Bundesebene, die auch in den Länderhaushalten durchschlagen werden, außerordentlich kritisch.

Der zweite Vorschlag, der diskutiert wird, ist die Schuldenbremse. Da muss ich unterstellen, Frau Ministerpräsidentin, dass Sie zwar möglicherweise nicht das sehr radikale Modell der FDP, aber dass Sie generell die Schuldenbremse in der Verfassung gutheißen.

(Zwischenruf Lieberknecht, Ministerpräsidentin: Ja.)

Der dritte Vorschlag ist das sogenannte Bundessteuergesetzbuch von Herrn Kirchhof, das sogenannte Kirchhof-Modell, das Sie nun ausdrücklich für gut befinden in diesen Tagen.

Meine Damen und Herren, Frau Ministerpräsidentin, diesen Widerspruch hat Herr Meyer ja in gewisser Weise deutlich gemacht, den verstehe ich in Ihrer Argumentation tatsächlich nicht. Also wenn man zu Recht Steuersenkungen auf Bundesebene in der jetzigen Situation für schlecht heißt aus Sicht des Landes Thüringen, wie kann man dann auf der anderen Seite für ein Modell, das eine völlige Umstellung bedeutet, das erheblich mehr Risiken bedeutet für die öffentlichen Haushalte, dann ungeprüft das Wort geben, meine Damen und Herren? Das kann ich nicht nachvollziehen, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir als LINKE bleiben dabei, wir halten das vorgelegte Kirchhof-Modell zwar für einfach, aber eben für ungerecht. Die Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte in Deutschland sind völlig unklar und wir müssen natürlich bei solch einem großen Schritt die Wettbewerbswirkung in Europa berücksichtigen auf Unternehmen und natürlich auf die Bürgerinnen und Bürger, letztlich die Frage, haben die am Ende mehr Geld in der Tasche, ja oder nein, und verlagern sich innerhalb Europas Unternehmensentscheidungen beispielsweise und verstärken sie Ungleichgewichte in Europa oder tragen sie eher zu Schwächen bei. Ich glaube, ein solches Modell, selbst wenn es realisiert werden würde in einem europäischen Nationalstaat, müsste zumindest danach geprüft werden, ob es die Staaten, die jetzt schon in der Schuldenfalle viel stärker als wir stecken, sogar noch weiter an den Rand drückt und damit insgesamt auch unsere Finanzierungsprobleme neben der Beschädigung der europäischen Idee noch weiter verschärft.

Meine Damen und Herren, wenn man schon über die Frage Entlastung von kleinen Einkommen redet - dafür sind wir ja als LINKE immer offen -, dann muss man im System gegenüberstellen, dass höhere Vermögen deutlich höher belastet werden müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Anders wird das gar nicht seriös rezufinanzieren sein.

(Beifall SPD)

Sie haben in den letzten Tagen gelesen, dass die Zahl der Millionäre seit der Krise in Deutschland den Höchststand erreicht hat und, meine Damen und Herren, auf dieser Seite sind Sie völlig blind. Das, Frau Ministerpräsidentin, müssen Sie dann, glaube ich, wirklich erklären, Sie sind bei einem die-